

"Freiheitlicher Rechtsstaat und terroristische Herausforderung"

Rede von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer der RAF am 24. Oktober 2007 in Berlin

Unser freiheitlicher Rechtsstaat hat die grundlegende Aufgabe, das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen, für die Sicherheit der Gesellschaft zu sorgen.

Jede Freiheit setzt Sicherheit voraus: Erst kommt das Leben, dann die Freiheit, in der sich Leben entfalten kann. Am Ursprung jeder Zivilisation steht das Bemühen, Menschen gegen elementare Existenzrisiken abzusichern. Wie gut dies einem Gemeinwesen gelingt, hat schon so manches Mal in der Geschichte über Aufstieg oder Niedergang entschieden.

In der Normalität einer modernen, westlichen, freiheitlichen Welt müssen sich die Bürgerinnen und Bürger kaum um Gefahren für Leib und Leben kümmern. Sie leben in einer Ordnung, die ihnen Frieden, Stabilität, Wohlstand und ein – im globalen Vergleich – insgesamt komfortables Leben gewährt. Wir sind in unserem Alltag selten gezwungen, uns den letzten, existenziellen Fragen zu stellen.

Diese immense Kulturleistung darf nicht vergessen machen, dass jede lebendige, freiheitliche, offene Ordnung Normalität und Alltag nur dann nachhaltig garantieren kann, wenn sie auch ihre Grenzen, ihre dunklen Ränder kennt, an denen Normalität endet und die Herausforderung durch die Ausnahme beginnt. Auch und gerade hier muss sich jede Ordnung bewähren, um handlungsfähig zu bleiben und zukunftsfest zu sein.

Nichts anderes meint der berühmte Satz von Helmut Schmidt, dass innerlich bereit sein muss, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist, wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen wolle. Im „Deutschen Herbst“ 1977 sah Schmidt diese Grenzen erreicht.

Im Rückblick zeigte sich Schmidt überzeugt, diese Grenzen mit den damaligen staatlichen Entscheidungen und Maßnahmen nicht übertreten zu haben. Trotzdem bekannte er, er fühle sich „verstrickt in Schuld“. Ernst Benda, damals Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sprach von „Mitverantwortung“, die er angesichts der Opfer des Terrors empfinde.

In diesen Bekenntnissen offenbart sich die bittere, tragische, schwer auszuhaltende Einsicht, dass es ein Leben in Sicherheit, in Freiheit, in Frieden niemals ganz ohne existenzielle Risiken, niemals ganz ohne Opfer geben kann.

Die Opfer sind die andere Seite unserer freiheitlichen, offenen Ordnung. Wir neigen dazu, sie zu verdrängen, weil sie wehtun, uns ängstigen, uns daran erinnern, dass die menschliche Natur auch ihre grausame, gewalttätige, dunkle Seite hat.

Dem Terror der RAF fielen Menschen zum Opfer – Menschen, die gesellschaftlich exponiert arbeiteten, Menschen, die im staatlichen Schutzauftrag handelten, und Menschen, die zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Sie alle waren angesichts der an ihnen verübten Verbrechen zur Ohnmacht verdammt. Für die verblendeten Täter waren sie „Funktionsträger“, „Teil“ eines „Systems“. Dass sie Menschen

waren, das zu verstehen, verbot den Tätern ihre perverse Ideologie.

Terroristen geht es nie um die Menschen, die sie zu ihren Opfern machen. Die Opfer sind ihnen Mittel zum Zweck. Ihr konkretes Leid, ihre vorgeführte Hilflosigkeit, ihre existenzielle Verlassenheit dient dem Ziel, den Staat – den sie eigentlich meinen – als ohnmächtig vorzuführen: machtlos, dem schrecklichen und erschreckenden Geschehen in den Arm zu fallen. Jede einzelne terroristische Tat soll dazu beitragen, dem so angegriffenen Staat allmählich die Legitimität entziehen.

Das strategische Ziel des Terrors sind nicht die Opfer, sondern die Psyche der Menschen, die von den brutalen Verbrechen erfahren, denen andere zum Opfer gefallen sind. Terrorismus setzt auf eine Strategie der Ermattung: Hin und her gerissen zwischen Angst und dem Streben nach Sicherheit sollen die freiheitlichen Gesellschaften, die der Terror angreift, in Selbstzweifel verfallen, sich in Hysterie auflösen und so langsam zugrunde gehen.

Somit geht es Terror immer um öffentliche Aufmerksamkeit. Wenn es Terroristen gelingt, die Debatten in Gesellschaft, Politik und Medien zu beeinflussen, so sehen sie den Staat geschwächt und ihre Verbrechen legitimiert.

So müssen wir leider auch in diesen Tagen das erbärmliche Schauspiel erleben, wie die Täter von einst 30 Jahre nach dem grausamen Höhepunkt des Linksterrorismus in Deutschland erneut die Medienhoheit zu erringen versuchen, statt schamhaft zu schweigen und in sich zu gehen.

Der Politik, den Medien, der gesamten gesellschaftlichen Öffentlichkeit kommt deshalb eine besondere Verantwortung zu: Wir dürfen nicht zulassen, dass es Terroristen gelingt, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen und so unsere freiheitliche, offene und tolerante Ordnung zu unterminieren.

Wir dürfen uns nicht in Panik versetzen lassen. Wir sollten gelassen bleiben – und mit Informationen und Erkenntnissen verantwortungsvoll umgehen. Das heißt auch, dass nicht alles, was der Staat oder die Medien wissen, in die Öffentlichkeit gelangen muss. Der Kampf des Rechtsstaates gegen die RAF zeigt leider auch, dass bestimmte Fahndungserfolge ausgeblieben sind, weil die Täter durch die Medienöffentlichkeit zu gut über das Vorgehen des Staates unterrichtet waren.

In Hinblick auf heutige Herausforderungen durch den Terrorismus können wir lernen, dass die Bekämpfung von Terror nicht allein eine Sache staatlicher Maßnahmen, sondern auch der medialen Lage und der technischen Entwicklung ist. Wirkungsvolle Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind nur möglich, wenn der Staat Effekte der Medien und Fortschritte der Technik mit einbezieht.

Gelassen kann nur sein, wer zuvor das Menschenmögliche für die Gewährleistung von Sicherheit getan hat. Es wäre die Kapitulation des Rechtsstaates, wenn wir nicht auch nutzen würden, was den Terroristen technisch und medial zur Verfügung steht. In einer globalisierten Welt sind auch Terroristen lernfähig, schnell und mobil. Der Staat muss in der Lage sein, dem Terrorismus auf Augenhöhe zu begegnen.

Freiheit ist kein Zustand, der – einmal erreicht – auf ewig garantiert ist. Sie muss in einer offenen, toleranten, somit lebendigen, vielfältigen und bewegten Gesellschaft immer wieder aufs Neue erworben, errungen und eben auch gegen ihre Feinde erkämpft und durchgesetzt

werden.

Hundertprozentige Sicherheit kann es in einer freiheitlichen Gesellschaft niemals geben – weil Freiheit keine hundertprozentigen Lösungen, keine absoluten Gewissheiten kennt. Unumstößliche Wahrheiten und ewige Antworten sind das zweifelhafte Privileg von Fundamentalismus, Extremismus und totalitärem Terror.

Der zerstörerischen Hybris, Selbstgerechtigkeit und Anmaßung des Terrorismus setzt die freiheitliche Ordnung die ewige Suche nach Maß und Mitte entgegen, den immerwährenden demokratischen Prozess von *trial and error* – aus dem wir lernen können, dass es das Paradies auf Erden ebenso wenig wie absolute Sicherheit oder totale Freiheit gibt, dass es aber an jedem selbst ist, die Freiheitsräume, die unser freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat eröffnet, mit mehr oder mit weniger Verantwortung zu nutzen.

Es gibt aber Grund zur Zuversicht. Liegt eine mögliche Schwäche unserer Freiheitsordnung in ihrer vielleicht leichteren Verwundbarkeit, so ist ihre weltweite Attraktivität und Überzeugungskraft andererseits gewiss ihre größte Stärke.

Mit Blick auf die heutigen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus sagte Ralf Dahrendorf, was genauso für die Verbrechen der RAF galt und gilt: „Die Terroristen können nicht gewinnen, da ihre dunkle Vision nie eine breite Legitimität erhalten wird.“